



## Ihre **CDU** - Fraktion in Karlsruhe

Sie erreichen uns über unsere  
Fraktionsgeschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin  
Kerstin Rudolph  
Hebelstraße 13  
76133 Karlsruhe

Fon 0721 – 2 95 94  
Fax 0721 – 2 86 63

Email  
cdu@fraktion.karlsruhe.de

Web  
www.karlsruhe.de/gemeinderat/cdu-  
fraktion

## CDU-Jahresempfang

Herzliche Einladung zum  
Jahresempfang von CDU-  
Gemeinderatsfraktion und  
CDU-Kreisverband  
Karlsruhe-Stadt  
am  
**Montag, 17. Mai 2004,**  
19.00 Uhr,  
im Konzerthaus

Festredner:  
**Professor Dr. Paul Kirchhof**  
anschließend Stehempfang

Wir freuen uns über Ihr  
Kommen und auf die persön-  
lichen Gespräche mit Ihnen!



## Handeln in Verantwortung für die Gesamtstadt

Liebe Leserinnen  
und Leser,

am 17. Februar 2004  
hat der Gemeinderat  
den ersten Nachtrags-  
haushaltsplan 2004  
verabschiedet. Die  
Stadt Karlsruhe hat

2004 eine weitere Verschlechterung der  
finanziellen Rahmenbedingungen zu verkräf-  
ten. Auch die mittelfristige Finanzplanung ver-  
heißt nichts Besseres: Bis zum Jahr 2007  
wird mit einem Defizit von insgesamt 70  
Millionen Euro gerechnet, was zu einer  
Erhöhung der städtischen Verschuldung um  
90% führt. Und dabei sind die Belastungen  
des Haushalts, die dadurch entstehen, dass  
der Bund die Unterbringung von  
Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfe- und  
Grundsicherungsempfängern den Gemeinden  
übertragen hat, noch gar nicht enthalten.

Vor diesem Hintergrund gibt es zu einem kon-  
sequenten Sparkurs nach Meinung der CDU-  
Gemeinderatsfraktion gar keine Alternative.  
Die CDU-Fraktion will ihr Verhalten nicht an  
einem bloßen Wunschenken orientieren. Wir  
stehen für eine verantwortungsvolle Politik,  
die sich an den heute bekannten, planbaren  
Fakten orientiert. Deshalb hatte ich im  
Rahmen meiner Haushaltsrede bereits im  
Januar 2003 auf die Schwachstellen des  
damals vorgelegten Doppelhaushalts hinge-  
wiesen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen  
zum erwarteten Haushaltsdefizit gefordert.

Eine umfassende Überprüfung der sog. frei-  
willigen Zuwendungen war aus den genann-  
ten Gründen unerlässlich. Jedoch kam es uns  
immer darauf an, die Betroffenen rechtzeitig  
über anstehende Kürzungen zu informieren,  
so dass sie ausreichend Zeit haben, sich dar-  
auf einzustellen. Der Nachtragshaushalt, der  
vom Gemeinderat am 17. Februar beschlos-  
sen wurde, entfaltet Wirkung zum 01. Januar  
2004. Nicht nur, dass damit rückwirkend in  
die Tätigkeit der Betroffenen eingegriffen

würde, auch die Planungen für das erste  
Halbjahr sind weitestgehend abgeschlossen.  
Deshalb sah die CDU die von der Verwaltung  
im Entwurf vorgeschlagenen Kürzungen rück-  
wirkend zum Jahresbeginn als unzumutbar  
an. Es wäre zu unverhältnismäßig starken  
Belastungen der Vereine gekommen. Das  
wollte die CDU-Fraktion unbedingt vermeiden.  
Unsere Initiative, dass die Kürzungen erst  
zum 01. Juli 2004 in Kraft treten, war somit  
folgerichtig und fand letztlich auch die mehr-  
heitliche Zustimmung des Gemeinderats. Die  
Betroffenen wissen - noch vor der Kommunal-  
wahl am 13. Juni -, woran sie ab 1. Juli sein  
werden. Wie die Lage ab 2005 aussieht, wird  
sich bei Vorlage des Haushalts im Dezember  
dieses Jahres herausstellen.

Die Fraktion hat sich gegen eine Erhöhung  
des Zuschusses an das Badische Staats-  
theater ausgesprochen. An sich meinen wir,  
dass das Staatstheater, wie alle sonstigen  
Einrichtungen auch, eine Zuschusskürzung  
hinnehmen müsste. Deshalb haben wir aus-  
drücklich darauf hingewiesen, dass das  
Theater ab dem nächsten Haushaltsjahr um  
eine Kürzung der Zuschüsse nicht herum-  
kommen wird.

In seiner Sitzung am 17. Februar musste der  
Gemeinderat jedoch - wenn auch zähneknir-  
schend - der vom Staatstheater beantragten  
Erhöhung des Zuschusses zustimmen, weil  
der mit dem Land bestehende Staatsvertrag  
die Verpflichtung zur jeweils hälftigen  
Kostentragung von Stadt und Land vorsieht.  
Eine einseitige Nichterfüllung des Vertrags ist  
nicht möglich. Allerdings wurde die Erhöhung  
mit einem Sperrvermerk versehen und  
Oberbürgermeister Heinz Fenrich zur  
Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land  
beauftragt.

Der Gemeinderat widersetzte sich im Übrigen  
auch dem Vorschlag der Verwaltung, die Ent-  
gelte für die Benutzung der Stadtbibliothek  
um teilweise 120% zu erhöhen und  
beschloss eine moderate Erhöhung auf 15  
Euro bzw. ermäßigt auf 10 Euro. Diese neue

>> (Fortsetzung von Seite 1)

Regelung umfasst dann die Ausleihe sämtlicher vorhandener Medien.

Eine Kürzung des Etats der Bibliothek für die Anschaffung von Büchern und sonstigen Medien wurde - wie von uns beantragt - abgelehnt. Wir sind der Ansicht, dass nur ein attraktives und umfangreiches Angebot die Anziehungskraft der Stadtbibliothek erhalten und diese nur so ihrem allgemeinen Bildungsauftrag nachkommen kann. Wir können nicht einerseits die Leseschwäche unserer Jugend beklagen und andererseits zur gleichen Zeit die Attraktivität der städtischen Bücherei einschränken.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie erkennen, die Haushaltsberatungen waren überhaupt nicht lustig. Wir haben uns sehr schwer getan, besonders im Sozialbereich, aber auch bei der Kultur oder beim Sport Kürzungen vorzunehmen. Aber wir sahen keine andere Wahl. Aufgrund der dargestellten Finanzsituation bitten wir Sie alle um Verständnis für unsere Sparbemühungen. Die finanzielle Situation der Stadt, die nicht hausgemacht ist, sondern eine Folge davon, dass der Bund Aufgaben auf die Kommunen überträgt ohne dafür zu bezahlen, erfordert die Solidarität aller. Verantwortliches Handeln zum Wohle der Gesamtstadt lässt eine Alternative, die in höherer Verschuldung bestehen könnte, nicht zu. Helfen kann uns allein eine Politik in Berlin, die den Gemeinden die dringend erforderlichen Entlastungen bringt.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Klaus Heilgeist  
Fraktionsvorsitzender

## Keine weiteren

### Windkraftanlagen in Karlsruhe

(ae) Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein hat in seiner jüngsten Sitzung die lang erwartete Entscheidung über Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen mit Windrädern mit einer Nabenhöhe von über 50 Metern getroffen. Die Regionalversammlung hat vier mögliche Standorte beschlossen: der Armenberg bei Östringen, der Kleisenberg in Kraichtal/Östringen, die Hohe Wanne in Loffenau und der Urberg in Baden-Baden. Damit hat die Regionalversammlung beschlossen, dass die übrige Fläche der Region für den Bau größerer Windkraftanlagen nicht zur Verfügung steht. Folglich ist der Bau weiterer Windkraftanlagen in und um Karlsruhe ausgeschlossen. Die CDU betonte in der Regionalversammlung, dass sie sich für eine sinnvolle Nutzung regenerativer Energiequellen zur Energieversorgung in der Region einsetzen wird. Insbesondere denke man an die Nutzung der Solarenergie, des Erdwärmepotentials im Rheingraben, der Biomasse und der Wasserkraft. Gerade die solarthermische Nutzung der Sonnenenergie und die Erdwärme könnten in unserer Region zukunftssträftig sein.

## „Wer bestellt, bezahlt“ - wie die rot-grüne Bundesregierung die Kommunen finanziell ruiniert

(ae) „Wer bestellt, bezahlt!“, heißt eine Grundregel des täglichen Lebens. Diese scheint in der Politik leider nicht zu gelten. Im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden bezahlt laut Grundgesetz derjenige für eine öffentliche Aufgabe, der sie ausführen muss, und zwar ganz unabhängig davon, wer sie veranlasst. Das heißt, dass der Bund dem Land oder der Kommune eine Aufgabe übertragen kann, ohne für deren Durchführung bezahlen zu müssen. Das gleiche gilt auch zwischen Land und Kommune. Das Prinzip „Den Letzten beißen die Hunde“ trifft also auf die Gemeinden voll zu. Diesen Mangel im Grundgesetz hat die rot-grüne Bundesregierung zum Schaden der Kommunen und des Landes schamlos ausgenutzt:

- Die Förderung der privaten Altersvorsorge ist keine kommunale Aufgabe. Trotzdem hat Rot-Grün die Riesterische Rentenreform so „gestaltet“, dass den Kommunen Kosten von etwa 2 Mrd. € pro Jahr entstehen.

- Kindergeld ist eine staatliche Aufgabe. Trotzdem sorgen rot-grüne Gesetze dafür, dass die Gemeinden durch steuerliche Folgen die Rechnung mit 3,5 Mrd. € pro Jahr mitbezahlen.

- In der wirtschaftlichen Entwicklung ist Deutschland dank Rot-Grün Schlusslicht in Europa und hat weit über 4 Mio. Arbeitslose. Immer mehr davon sind Langzeitarbeitslose. Ihre Versorgung soll eigentlich aus dem staatlichen Arbeitslosengeld kommen. In Wirklichkeit brauchen aber immer mehr Arbeitslosenhilfebezieher zusätzlich Sozialhilfe. Die Gemeinden bezahlen dafür über 4 Mrd. € im Jahr.

- Bei der Versteigerung der UMTS-Lizenzen hat Finanzminister Eichel für den Bund etwa 50 Mrd. € kassiert. Den Kommunen entgehen dabei durch steuerliche Effekte 7 Mrd. €.

Die Liste der rot-grünen Kostenverlagerungen könnte beliebig verlängert werden. Das Prinzip ist einfach: Rot-Grün beschließt, und die Kommunen müssen bluten. Diese Politik trägt stark zu der dramatischen Finanzkrise der Kommunen bei. So wird bei der Umsetzung von Hartz IV die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach Berechnungen des Deutschen Städtetages zu einer Belastung der Kommunen in Milliardenhöhe führen.

Ab 2005 sollen die Kommunen die vollen Unterkunftskosten für alle Arbeitslosengeld II-Bezieher und Sozialhilfeempfänger aufgebürdet bekommen. Beratungs- und Betreuungsdienstleistungen für Langzeitarbeitslose werden zu weiteren Belastungen führen.

Nach Aussage der Städtetagspräsidentin, der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, wird durch die neuen Belastungen die Entlastung der Kommunen durch die Kostenübernahme des Bundes für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zunichte gemacht. „Städte werden nach ersten Berechnungen durch das Hartz IV - Gesetz ab 2005 nicht entlastet, sondern belastet. Mehrere Großstädte haben bereits einen Mehraufwand von jeweils zweistelligen Millionenbeträgen errechnet“, so der Städtetag in einer Pressemeldung.

Wenn die Kommunen überleben und ihre Aufgaben für die Bürger erfüllen sollen, dann muss dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ (Konexitätsprinzip) Geltung verschafft werden, gegebenenfalls auch durch eine Änderung des Grundgesetzes.

## CDU-Fraktion: Anfrage zu Hartz IV

Die CDU-Fraktion hat inzwischen eine Anfrage zu den Auswirkungen des sog. Hartz IV - Gesetzes, durch das den Kommunen die Übernahme der Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger auferlegt wird, gestellt. Folgende Fragen wurden an die Verwaltung gerichtet:

1. Wie viele Personen werden in Karlsruhe nach dem neuen „Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch“, welches die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (sog. „Arbeitslosengeld II“) regelt, Zuwendungen von der Stadt Karlsruhe erhalten und wie hoch wird die Mehrbelastung im nächsten Haushaltsjahr sein?
2. Wie hoch ist „unter dem Strich“ die Belastung der Stadt Karlsruhe, wenn einerseits z.B. Entlastungen in der Sozialhilfe, andererseits aber zusätzliche Kosten für die Unterkunft von Empfängern von Arbeitslosengeld II anfallen?
3. Welche Überlegungen gibt es in der Verwaltung zur Umsetzung von Hartz IV?

## CDU-Fraktion vor Ort ...in Knielingen

(kr) Beim Besuch in Knielingen bezeichnete Dr. Klaus Heilgeist, Fraktionsvorsitzender, die Neue Messe Karlsruhe als wegweisendes, fortschrittliches Projekt, das für die gesamte Region positive Entwicklungen mit sich bringen werde.

Stadtrat Heinz Vogel betonte, dass die Fraktion die Errichtung eines gemeinsamen Sportparks am Frauenhäusleweg für den TV, Boxring und VfB Knielingen unterstützt.

Zum Thema „2. Rheinbrücke/Nordtangente“ meinte Andreas Welter, CDU-Ortsvorsitzender, dass die Trassierung problematisch sei. Stadtrat Bernhard Weick konnte jedoch keine großen Hoffnungen machen, dass an der grundlegenden Führung der Trasse noch wesentliche Änderungen vorgenommen werden können: „Die Überlegung, die Tangente auf die Gemarkung von Eggenstein-Leopoldshafen zu verlegen, ist unrealistisch, da sich auf badischer und pfälzischer Seite ein hochwertiges Naturschutzgebiet befindet. Zudem muss die Tangente letztlich zu einer tatsächlichen Entlastung der Gesamtstadt und der betroffenen Stadtteile führen.“ Sie müsse deshalb in zumutbarer Entfernung zum Kernbereich der Stadt liegen. Man werde aber auch zukünftig alle verkehrstechnisch möglichen, ökologisch notwendigen und finanziell vertretbaren Aspekte in die Überlegungen zur Trassierung einbeziehen.



(stehend): CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Klaus Heilgeist; rechts daneben aus Knielingen: CDU-Ortsvorsitzender Andreas Welter und Pressereferent Joachim Frey.

Hinsichtlich der möglichen Aufgabe des Polizeipostens in Knielingen erklärte Stadtrat Manfred Bilger, dass keine größeren Nachteile für die Bevölkerung zu befürchten seien; zuständig werde dann der Bezirksdienst am Lameyplatz sein. Insbesondere durch die Einführung flexiblerer Arbeitszeiten werde der Polizeiposten seinen gesamten Zuständigkeitsbereich optimal abdecken können.



Lebendige Diskussion beim Informationsabend der CDU-Fraktion in Knielingen.

## ...in Beiertheim-Bulach

(kr) „Am meisten fühlen sich die Bürger in Beiertheim-Bulach von Südtangente und L 605 beeinträchtigt“, sagte Udo Greiner, Vorsitzender des CDU-Ortsverbands. Bernhard Weick, stv. Fraktionsvorsitzender, erklärte, dass „eine wirkungsvolle Lärmschutzmaßnahme 3,35 Millionen Euro kosten würde. Aufgrund der desolaten Haushaltslage ist kurzfristig leider keine Verwirklichung möglich. Laut eines Schallgutachtens bringt ein provisorischer Lärmschutz, der immerhin Kosten von ca. 800.000 Euro verursachen würde, letztlich keine Verbesserung für die Anwohner mit sich“. Weick versprach, die Fraktion werde sich bei Bürgerservice und Sicherheit erneut für die Verbesserung der belastenden Situation einsetzen. Dr. Klaus Heilgeist, Fraktionsvorsitzender, warb vor allem auch um Verständnis dafür, dass „die CDU-Fraktion keine leeren Versprechungen macht, sondern ehrlich sagt, dass ein teurer Lärmschutzwall zur Zeit einfach nicht gebaut werden kann“.

Der Bürgerverein Bulach forderte u.a. eine stärkere stadtteilbezogene Zusammenarbeit und den Bau des neuen Freizeitbads. Weick wies darauf hin, dass das neue Bad nur gebaut werden könne, wenn das Bäderkonzept, das die Umstrukturierung des Grötzinger Bads in ein reines Vereins-/Schulbad und die Schließung der unwirtschaftlichen Bäder in Wettersbach und Wolfartsweier vorsieht, umgesetzt werde.

Den Vorschlag des TSV Bulach, einen Sportkindergarten zu errichten, bewertete Marianne Krug, stv. Fraktionsvorsitzende, als absolut positiv. „Wenn es um die Errichtung eines Kindergartens geht, haben wir immer ein offenes Ohr“, erklärte sie. Zwar könne Karlsruhe insgesamt ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen vorweisen, jedoch seien nicht in allen Stadtteilen genügend Plätze vorhanden.

Stadtrat Günther Rüssel will sich bei der Deutschen Bundesbahn erneut für eine Verringerung der Belastungen durch das Bahnhochgleis im Bereich von Landgrabenstraße/Hubertusallee einsetzen.

## Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts: Bürgerbegehren unzulässig

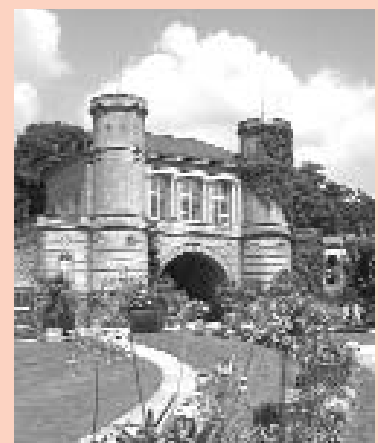
(kr) In seiner Sitzung am 17. Februar 2004 hat der Gemeinderat über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens zur geplanten Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts entschieden. Die „Initiative Botanischer Garten (IBG)“ hatte beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, einen Bürgerentscheid über die Frage der geplanten Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts durchzuführen. Die IBG formulierte die zur Entscheidung zu bringende Angelegenheit dabei folgendermaßen:

*Der Botanische Garten darf nicht in Anspruch genommen werden für bauliche Maßnahmen wie sie die Entwürfe „Auerbach-Riegel“ und „Schrölkamp“ nach Standort und Ausdehnung vorsehen.*

Die Stadtverwaltung hat diesen Antrag unter allen Gesichtspunkten geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass ein Bürgerentscheid aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Zum einen wurde schon die nach der Gemeindeordnung erforderliche Anzahl von 20.000 gültigen Unterschriften nicht erreicht. Zum anderen handelt es sich nicht um „eine wichtige Gemeindeangelegenheit“ im Sinne der Gemeindeordnung, also nicht um einen bürgerentscheidsfähigen Sachverhalt.

Darüber hinaus ließ sich der Stellungnahme der Verwaltung entnehmen, dass das inhaltliche Anliegen der IBG möglicherweise nicht präzise genug oder zumindest missverständlich formuliert sein könnte.

Da die rechtlichen Voraussetzungen für einen Bürgerentscheid mithin nicht gegeben waren, musste der genannte Antrag der IBG abgelehnt werden, eine andere Entscheidung wäre aus rechtlichen Gründen demnach gar nicht möglich gewesen. Das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion, die sich durch Stimmenthaltung der Verantwortung entzog, spricht für sich.



Im Übrigen ist die CDU-Fraktion nach wie vor der Meinung, dass die Zustimmung zu dem sog. Schrölkamp-Entwurf die einzig richtige und mögliche Alternative war. Er bedeutet einerseits den denkbar geringsten Eingriff in den Botanischen Garten und sichert gleichzeitig den von allen gewünschten Verbleib des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

## Termine der CDU-Fraktion

Die nachfolgenden Termine sind nach dem Stand Anfang März angegeben. Da sich in der Zwischenzeit möglicherweise Änderungen ergeben haben, weitere Termine hinzugekommen sind sowie Veranstaltungszeit und -ort genauer festgelegt wurden, achten Sie bitte auch auf die Angaben in der örtlichen Presse, im Internet ([www.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion](http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion)) oder rufen Sie für weitere Informationen unsere Fraktionsgeschäftsstelle an (Tel. 0721 - 2 95 94).

### Montag, 15.03.04, 19.30 Uhr:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Hagsfeld:**

„Hagsfelder Stuben“, Schäferstr. 26

### Montag, 22.03.04, 20.00 Uhr:

Vor-Ort-Gespräch bei den CDU-Ortsverbänden **Stadtmitte** und

### **Südweststadt:**

„Krokodil“, Waldstr. 63

### Mittwoch, 24.03.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Südstadt:**

**17.00 Uhr:** Ortsbegehung, Treffpunkt: Werderplatz, Indianerbrunnen  
**ca. 18.30 Uhr:** Bürgergespräch, „Alpenhorn“, Wilhelmstr. 69

### Montag, 29.03.04, 19.30 Uhr:

Vor-Ort-Gespräch bei den CDU-Ortsverbänden **Mühlburg** und

### **Weststadt:**

„Kath. Gemeindezentrum St. Peter und Paul“, Sophienstr. 236

### Donnerstag, 01.04.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Weierfeld-Dammerstock**

### Montag, 05.04.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Daxlanden**

### Montag, 19.04.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Hohenwettersbach**

### Montag, 26.04.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Oststadt**

### Montag, 03.05.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Grötzingen**

### Donnerstag, 13.05.04:

Vor-Ort-Gespräch beim CDU-Ortsverband  
**Nordstadt**

## „...eine großartige Chance“: Deutliches Ja zur Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt 2010

(es) Eine einmalige Chance, ein großartiges Projekt – so die überwiegende Meinung des Gemeinderates zur Bewerbung Karlsruhes als Kulturhauptstadt Europas 2010. 43 Ja-Stimmen sprechen eine deutliche Sprache. Natürlich stellt der Beschluss zur Bewerbung zunächst einen formalen Akt dar. Er ist aber mehr als das – nämlich ein eindeutiges politisches Votum der Stadt für Europa. Die Bewerbung gibt uns Karlsruherinnen und Karlsruhern die Gelegenheit zur entschiedenen Positionierung und zur stärkeren Identifikation mit den städtischen Potenzialen.

Kultur findet in diesem Zusammenhang ihren Ausdruck auf drei Ebenen:

1) **Aus Tradition schöpfen:** Eine reichhaltige städtische Kulturlandschaft besinnt sich auf die gemeinsame Wurzel „Europa“, was angesichts des wachsenden interkulturellen, globalen Dialogs eine Basis bildet, auf der wir aufbauen können. Dieses Moment ist besonders relevant, da Karlsruhe die jüngste unter allen Bewerberstädten ist.



2) **Die Demokratie bewahren:** Die Stadt, in der das Ständehaus als Wiege des (südwest-)deutschen Parlamentarismus steht und die die Heimat der obersten deutschen Gerichte und eines der obersten Verfassungsorgane ist, sendet ihre Bewerbung in genau dem Jahr aus, in dem die Europawahlen ihren 25. Geburtstag feiern. Ein deutlicheres, augenfälligeres Bekenntnis zur demokratischen Kultur in Europa kann man sich kaum denken.

3) **Städtische und staatliche Grenzen überschreiten:** Karlsruhe spricht deutsch und französisch, wenn es um seine Kultur geht. Dieses Moment lässt sich nicht auf einen wirtschaftlichen oder marketing-technischen Aspekt reduzieren. Badische Kultur atmet von Anbeginn französische Luft – man denke

nur an die Romane Otto Flakes „Der junge Anselm“ oder „Die Monthivier-Mädchen“! Karlsruhe definiert sich durch den ständigen Rückbezug auf seine Nachbarn. Gerade durch diesen Dialog lebt die Region und bezieht die Stadt ihre Lebendigkeit.

Für die CDU-Fraktion ist das „Ja“ zur Kulturhauptstadt Karlsruhe die konsequente Fortsetzung ihres klaren Bekenntnisses zu einer Stadtentwicklung, die über den Tag hinaus denkt und die eine Synthese aller Bevölkerungsinteressen in einem großen Projekt anstrebt. So auch Stadtrat Dr. Hans-Jürgen Vogt in seinem Redebeitrag in der Gemeinderatsdebatte am 16. Dezember 2003: „Warum bewerben wir uns? Einfach deshalb, weil eine vorausschauende Stadtentwicklung Leitprojekte braucht, die dem Profil unserer Stadt entsprechen, Breite und Spitze gleichermaßen berücksichtigen, die Kräfte nach Innen und Außen bündeln, die Bürgerinnen und Bürger begeistern, nachhaltigen Ertrag bringen und dennoch finanzierbar bleiben. All dies erfüllt das Projekt Kulturhauptstadt, das die Erneuerung des Stadtraumes und die Gestaltung der Natur ebenso einschließt wie die künstlerische Betätigung. **EIN ZIEL FÜR ALLE KARLSRUHER**“.

## [www.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion](http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion)

### CDU-Fraktion mit neuem Internetauftritt

Seit kurzem ist die völlig neu gestaltete, moderne Internetseite der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe „online“. Unter [www.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion](http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/CDU-Fraktion) können Interessierte unter anderem Anträge, Anfragen, Pressemitteilungen und verschiedene Redebeiträge aus den Gemeinderatssitzungen, aber auch Informationen über die einzelnen Fraktionsmitglieder abrufen. Zudem sind Ansprechpartner genannt und es ist aufgeführt, wann die Bürgerinnen und Bürger die Fraktion in welchem Stadtteil „vor Ort“ erleben können.

„Insbesondere aber wollen wir unsere Positionen und Entscheidungen für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen, sie transparent und einfach nachlesbar darstellen. Um alle Zielgruppen erreichen zu können, ist ein professioneller Internetauftritt unbedingt erforderlich“, sagte der Fraktionsvorsitzende Dr. Klaus Heilgeist. Vor allem junge Menschen würden das Internet vermehrt zur Beschaffung von Informationen nutzen. „Mit der neuen, übersichtlich gestalteten Homepage haben wir uns deshalb an die heutigen Standards angepasst“, so Dr. Heilgeist.

Liebe Leserinnen und Leser, die CDU-Fraktion freut sich über Ihren Besuch im Internet. Wir freuen uns auch auf Ihre Anregungen und Kritik und stehen Ihnen für Fragen und Auskünfte gerne zur Verfügung.